

# Griechenland

Heinz-Jürgen Axt

Fast sah es in jüngster Vergangenheit so aus, als werde die Berichterstattung über Griechenland ausschließlich vom Flüchtlingsthema beherrscht und die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Situation des Landes gerate völlig aus dem Blickfeld. Im Mai 2016 kam allerdings ein erneuter finanzieller Engpass auf Griechenland zu, was die Gläubiger zwang, die Umsetzung der von der Regierung Tsipras am 12. Juli 2015 versprochenen Reformen zu überprüfen, damit eine erneute Kredittranche freigegeben werden konnte. Und wieder machte das Wort ‚Grexit‘ die Runde. Erst in letzter Minute wurde die griechische Regierung aktiv, um im Parlament die versprochenen Reformgesetze zu beschließen – Reformen, an deren Notwendigkeit und Wirksamkeit der griechische Regierungschef jedoch selbst nicht glaubt.<sup>1</sup>

## Parlamentswahlen

Aus Protest gegen die Reformauflagen des am 12. Juli 2015 zugesagten dritten Hilfspakets verließen 25 Abgeordnete vom linken Flügel der SYRIZA (Synaspismos Rizospastikis Aristeras, Koalition der Radikalen Linken) die Regierungspartei und gründeten eine eigene Parlamentariergruppe. Später firmierten die Abtrünnigen unter dem Parteinamen Laiki Enotita (Volkseinheit). Angeführt wurde die Gruppe vom ehemaligen Energieminister Panagiotis Lafazanis, der seinen Ministerposten im Juli 2015 hatte räumen müssen, weil er im Parlament gegen die von den internationalen Geldgebern geforderten Spar- und Reformmaßnahmen gestimmt hatte. SYRIZA hatte fortan im Parlament nur noch 124 Abgeordnete. Ende August 2015 trat Alexis Tsipras als Ministerpräsident zurück, um Neuwahlen zu erzwingen. Damit konnte er die kommunistische Opposition in den eigenen Reihen in die Schranken weisen, indem er als Parteivorsitzender die Kandidaten für die Fraktion benannte. Am 20. September 2015 wurden die Wahlen durchgeführt (Tabelle 1).

Mit der Wahl vom September 2015 war es Tsipras gelungen, die Abweichler in seiner Partei aus dem Parlament zu verdrängen – Laiki Enotita blieb unter der Sperrklausel von 3 Prozent, ohne dass SYRIZA selbst übermäßig an Wahlanteilen verlor: Um 0,8 Prozentpunkte der Stimmen und vier Abgeordnete verschlechterte sich die Regierungspartei. Da im Parlament mit seinen 300 Abgeordneten SYRIZA keine absolute Mehrheit erreichte, kam es erneut zur Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL (Anexartitoi Ellines, Unabhängige Griechen). Angesichts ihrer Wahlverluste konnte diese Partei keine großen Bedingungen anlässlich der Regierungsbildung stellen. Die konservative Neue Demokratie (Nea Dimokratia) konnte sich als stärkste Oppositionspartei nur wenig verbessern. Da schnitt die rechtsextreme Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte), relativ gesehen, etwas besser ab, steigerte sie ihren Wahlanteil doch auf 7 Prozent. Die sozialdemokratische PASOK (Panellinio Sosialistiko Kinima, Panhellenische Sozialistische Bewegung) konnte leicht

---

<sup>1</sup> Im Juni 2015 äußerte Ministerpräsident Tsipras: „Ich übernehme die Verantwortung für einen Text, an den ich nicht glaube, um ein Desaster für das Land zu vermeiden, den Kollaps der Banken“. Zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Alexis, ich kann nicht mehr, 16.7.2015, S. 15.

zulegen.<sup>2</sup> Die Zustimmung für die Kommunisten der KKE (Kommunistiko Komma Elladas) stagnierte, während die linksliberal ausgerichtete Partei To Potami (Der Fluss) 2 Prozentpunkte verlor. Die zentristische EK (Enosi Kentroon, Union der Zentristen) überwand die Sperrklausel und ist mit 9 Abgeordneten vertreten. Dass die Griechen wahlmüde geworden waren, zeigte sich an der Wahlbeteiligung. Diese sank von 63,9 Prozent auf 56,6 Prozent. Dass mit Euklid Tsakalotos der neue Finanzminister der alte war, signalisierte, dass Tsipras die Verhandlungen mit den Gläubigern ernsthaft zu führen gedachte. Dem Vorgänger von Tsakalotos, dem am 6. Juli 2015 zurückgetretenen Yanis Varoufakis, konnte man das nicht nachsagen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2015<sup>3</sup>

	20. September 2015		25. Januar 2015	
	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze
SYRIZA	35,5	145	36,3	149
Neue Demokratie	28,2	75	27,8	76
Chrysi Avgi	7,0	18	6,3	17
PASOK	6,3	16	4,7	13
DIMAR			1,2	–
KKE	5,6	15	5,5	15
To Potami	4,1	11	6,1	17
ANEL	3,7	10	4,8	13
EK	3,4	9	1,8	-
Laiki Enotita	2,9	–	–	–
Wahlbeteiligung	56,6		63,9	

### Sieben Jahre Rezession

Seit Ausbruch der Schuldenkrise ist Griechenlands Wirtschaftsleistung in sieben von acht Jahren geschrumpft. Betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2009 zu jeweiligen Preisen noch 237,534 Mrd. Euro, so sank es 2015 auf 176,022 Mrd. Euro. Auf 21.400 Euro kam das BIP pro Kopf im Jahr 2009, sieben Jahre später waren es bloß noch 16.200 Euro. Auch für 2016 rechnet man mit einem Negativ-Wachstum von 0,3 Prozent. Die negativen Wirtschaftsdaten werden von einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit begleitet. 2015 betrug die allgemeine Arbeitslosenquote 24,9 Prozent, die der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren 49,5 Prozent. Das wenig erfreuliche Bild wird komplettiert durch eine Staatsverschuldung, die 182,8 Prozent des BIP erreicht.<sup>4</sup> Eine positive Ausnahme stellt der Tourismus dar. Die Einnahmen steigerten sich 2015 auf 14,2 Mrd. Euro, im Vorjahr waren es noch 9,6 Mrd. Euro.<sup>5</sup>

2 Am 25. Januar 2015 war PASOK zusammen mit DIMAR (Dimokratiki Aristera, Demokratische Linke) angetreten.

3 Quelle: Parties and Elections in Europe, abrufbar unter <http://www.parties-and-elections.eu/greece.html> (letzter Zugriff: 29.8.2016).

4 Alle Angaben siehe Eurostat: Europa in Zahlen. Griechenland, abrufbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Staat/EUStaaten/Griechenland.html> (letzter Zugriff: 18.8.2016).

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Tourismus in Griechenland, 29.3.2016, S. 20.

Reformmaßnahmen wurden nur halbherzig vorangetrieben. Von den im Memorandum mit den Gläubigern vereinbarten Privatisierungsmaßnahmen im Umfang von 50 Mrd. Euro sind bislang lediglich 2,5 Mrd. Euro an Einnahmen erzielt worden. Die Privatisierung der Regionalflughäfen und eines Teils des Hafens Piräus sind immerhin vereinbart worden.<sup>6</sup> Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führt das ausbleibende Wachstum darauf zurück, dass die Märkte nicht entschlossen liberalisiert werden und dass Verwaltung und Rechtssystem unzureichend funktionieren. Das Wirtschaftsklima sei wenig unternehmerfreundlich. Das wird damit begründet, dass man sich mit den vereinbarten Reformen nicht identifiziere und sich gegen widerständige Interessengruppen gerade in den staatlich kontrollierten Unternehmen nicht durchsetzen wolle.

Um Löhne und Renten nicht weiter zu senken, hat die Regierung Tsipras die fiskalische Konsolidierung zu Lasten der Mittelklasse vor allem durch eine Erhöhung der Steuern angestrebt. Steuererhöhungen haben jedoch die Probleme nicht lösen können, weil immer weniger an Steuern tatsächlich gezahlt wird. Die Steuerschuld der Bürgerinnen und Bürger erreichte nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2015 eine Rekordmarke: Von 100 Euro ausstehenden Steuern zahlten die Griechen an den Staat demnach lediglich noch 45 Euro. Insgesamt schulden die Griechen ihrem Staat inzwischen etwa 87 Mrd. Euro an Steuern.<sup>7</sup> Das entspricht etwa der Hälfte der griechischen Wirtschaftsleistung. In keinem anderen EU-Staat liegt die Steuerschuld der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung auch nur annähernd so hoch wie in Griechenland. Zwar hätten viele Menschen kein Geld mehr, um die Steuern zu begleichen, aber die ausstehenden Steuern seien auch ein Indiz für eine weiterhin unzureichend arbeitende Steuerbehörde, schreibt die Athener Zeitung *Kathimerini*.<sup>8</sup>

Um den geplanten Rentenkürzungen zu entgehen, haben mittlerweile viele Staatsbedienstete den vorzeitigen Ruhestand beantragt, was nicht nur die Steuereintreibung, sondern die gesamte Verwaltung lähmt.<sup>9</sup> Mittlerweile ziehen es viele Unternehmen vor, mit einer Verlagerung ins Ausland der hohen Steuerlast zu entgehen. Im ersten Halbjahr 2016 sollen es 9.000 Unternehmen gewesen sein, die sich im benachbarten Bulgarien angesiedelt haben.<sup>10</sup> Da eine Stabilisierung der griechischen Wirtschaft noch immer nicht in Sicht ist, bleiben auch die am 29. Juni 2015 eingeführten Kapitalverkehrskontrollen weiterhin in Kraft.

### Griechenland und das dritte Hilfsprogramm der Gläubiger

Seit Amtsantritt hatte die Regierung Tsipras lange gezögert, ernsthafte Verhandlungen mit den Gläubigern zwecks Weiterführung der Finanzhilfen zu führen. Erst am 12. Juli 2015 konnte sich das von einem Finanzkollaps bedrohte Land mit den Gläubigern auf eine Liste mit Spar- und Reformmaßnahmen einigen. 86 Mrd. Euro auf drei Jahre wurden Griechenland in Aussicht gestellt. Der Sinneswandel auf griechischer Seite wurde durch die vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble ins Spiel gebrachte Idee beschleunigt, dass, wenn keine Vereinbarung erzielt werden könne, mit Griechenland Verhandlungen über

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Halbherzige Reformen in Griechenland, 16.4.2016, S. 16.

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechen schulden dem Staat 87 Milliarden Euro, 30.5.2016, S. 1.

8 *Ekatimerini.com*: Half of Greeks are in debt to the tax authorities, 15.3.2016.

9 Die vereinbarten Rentenkürzungen sollen erst 2017 wirksam werden. Vgl. *Tagesschau.de*: Steuerschulden in Griechenland.

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenlands Steuerbehörden pfänden im Akkord, 11.6.2016, S. 23.

eine Auszeit von der Euro-Zone geführt werden sollten.<sup>11</sup> Der Begriff des ‚Grexit‘ kam in Umlauf. Nach 17 Stunden Verhandlungen einigte man sich auf dem Euro-Gipfel auf die Eckpunkte eines dritten Hilfspaketes für Griechenland.

Am 13./14. August 2015 stimmte auch das griechische Parlament für das dritte Hilfspaket. Von den 300 Abgeordneten votierten 222 für das Paket. Unterstützung bekam Tsipras von der Opposition, nicht aber von großen Teilen der SYRIZA-Fraktion. 43 Abgeordnete dieser Fraktion stimmten gegen die Verständigung mit den Gläubigern, was die Vereinbarung von Beginn an auf eine wenig stabile Grundlage stellte. Die innerparteiliche Opposition konnte Tsipras erst mit den Wahlen vom 20. September 2015 ausschalten.<sup>12</sup> Der IWF erklärte, er werde sich beim dritten Hilfspaket vorerst nicht beteiligen, was allerdings insofern kein Problem darstellte, als das Programm des IWF sowieso noch bis Frühjahr 2016 lief. Der Deutsche Bundestag indes pochte auf eine Beteiligung des IWF. Als der Bundestag am 19. August 2015 über die Finanzhilfen für Griechenland abstimmte, sprachen sich zwar 453 von 584 an der Abstimmung beteiligten Abgeordnete für die Hilfen aus, doch immerhin 113 Abgeordnete, darunter 63 aus der CDU/CSU-Fraktion, waren dagegen.

Die Zurückhaltung des IWF, sich am dritten Hilfspaket zu beteiligen, wurde vom Fonds mit der nicht gegebenen Schuldentragfähigkeit in Griechenland begründet. Im April 2016 wurde durch WikiLeaks ein internes Telefongespräch zwischen IWF-Verantwortlichen bekannt gemacht, wonach diese ein Ausscheiden des Fonds aus der Griechenlandhilfe für möglich erachteten. Einerseits waren die Vertreter des Fonds mit dem Reformtempo unzufrieden, andererseits wollten sie Druck insbesondere auf Deutschland ausüben, damit Berlin seinen Widerstand gegen Schuldenerleichterungen für Griechenland aufgibt.<sup>13</sup> Das Pochen auf einen Schuldennachlass übersieht freilich zwei Aspekte: Zum einen setzt Griechenland die vereinbarten Reformen nur unwillig um, was die erhoffte Stabilisierung der Wirtschaft konterkariert. Zum anderen sind Zinsen und Laufzeiten der an Griechenland vergebenen Kredite bereits jetzt so moderat, dass durch eine weitere Streckung von Laufzeiten und Senkung von Zinsen kaum noch eine substantielle Senkung der Schuldenlast zu erreichen ist. Die 15 Mrd. Euro, die Griechenland noch an den IWF zurückzuzahlen hat, haben einen durchschnittlichen Zins von 3,6 Prozent und eine durchschnittliche Laufzeit von 5,9 Jahren. Die europäischen Kredite der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) laufen durchschnittlich 25 Jahre bei einem Zins von 1,2 bis 1,5 Prozent. Dieser ist obendrein bis 2025 gestundet. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat Kredite mit einem Zins von 0,7 bis 1 Prozent und einer Laufzeit von 32 Jahren vergeben. Die Kredite der ersten Griechenlandhilfe vom Mai 2010 kosten lediglich 0,6 Prozent an Zinsen und laufen im Durchschnitt 16,4 Jahre.<sup>14</sup> Die Diskussion um die Schuldentragfähigkeit ist zwar für den IWF wegen seiner Regel relevant, nur an prinzipiell zahlungsfähige Staaten Kredite vergeben zu dürfen, in der Sache jedoch lenkt sie von den eigentlichen Problemen in Griechenland ab.

---

11 Tagesschau.de: Protokoll der Einigung mit Athen, 13.7.2015.

12 Vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt: Griechenland, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 427-434.

13 Reuters.com: IMF chief denies threat to pull out of Greek bailout. 3.4.2016; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Berlin: Kein Schuldenschnitt, 5.4.2016, S. 1.

14 Frankfurter Allgemeine Zeitung: IWF stellt als Gläubiger hohe Ansprüche an Griechenland, 21.5.2016, S. 20.

Die ordnungsgemäße Auszahlung der einzelnen Tranchen des dritten Hilfspakets wurde immer wieder durch Unstimmigkeiten zwischen Griechenland und den Gläubigern infrage gestellt. Im Oktober 2015 wurde die Überweisung von 2 Mrd. Euro gestoppt, weil von den vereinbarten 48 Reformmaßnahmen („milestones“) nur ein Drittel erledigt war. Im Dezember 2015 stellte die Gläubiger-Troika des ESM ein negatives Zeugnis über die Reformumsetzung insbesondere zum Privatisierungsfonds aus. Eine bis zum Jahresende fällige Zahlung an den IWF durch Griechenland geriet ins Wanken. Erst in letzter Minute konnte der IWF durch eine Nachbesserung der griechischen Seite befriedigt werden. Besonders strittig war stets die Umsetzung der Rentenreform. Griechenland muss für sein Rentensystem einen Betrag in Höhe von 17,7 Prozent des BIP aufbringen, im Durchschnitt der Europäischen Union sind es 12,8 Prozent.<sup>15</sup> Als Finanzminister Schäuble im Mai 2016 Griechenland erneut auf die Umsetzung vereinbarter Reformen drängte und erklärte, frisches Geld gebe es erst nach den Reformen, sah er sich zunehmend isoliert. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und der Eurogruppenchef, Jeroen Dijsselbloem, stellten Athen ein positives Zeugnis aus. 95 Prozent der vereinbarten Spar- und Reformziele seien erreicht.<sup>16</sup> Strittig blieb auch der im Memorandum vereinbarte Primärüberschuss von 3,5 Prozent des BIP im griechischen Haushalt. Schäuble hielt daran fest, der IWF bezweifelte, dass Athen dieses Ziel ohne einen Schuldenschnitt werde erreichen können. Im Falle eines Schuldenschnitts darf der Deutsche Bundestag allerdings keine Kredite mehr bewilligen. Gestritten wurde auch über die sogenannten ‚Vorsorge-Sparmaßnahmen‘, die in Kraft treten sollen, wenn sich negative Wirtschaftsszenarien bewahrheiten sollten und der Primärüberschuss des Staates nicht wie geplant im Jahr 2018 steigt.

Am 8. Mai 2016 lag dem griechischen Parlament ein Reformpaket mit Steuererhöhungen und Rentenkürzungen zur Beschlussfassung vor. Wie üblich wurde die Beratung von heftigen Protesten und Streiks begleitet. 153 Abgeordnete aus den Reihen der Regierungsparteien SYRIZA und ANEL stimmten dem Gesetz zu. Ministerpräsident Tsipras hatte eindringlich um Zustimmung geworben. Ohne Reformen werde das griechische Rentensystem zusammenbrechen, sagte er. 1,8 Mrd. Euro sollen mit den Rentenkürzungen eingespart werden. Weitere 1,8 Mrd. Euro sollen durch Steuererhöhungen in die Staatskassen fließen. Die stärkste Oppositionspartei Nea Dimokratia forderte die Regierung auf, den ausgedehnten Staatsapparat zu verkleinern statt die Renten zu kürzen.<sup>17</sup>

Als die Euro-Finanzminister am 24. Mai 2016 zu einer Sitzung zusammenkamen, wurden zwar Schuldenerleichterungen für Griechenland abgelehnt, doch äußerten sich die Minister sehr positiv über die in Griechenland getroffenen Maßnahmen. Es wurde damit gerechnet, dass eine erste Finanztranche schon in der zweiten Juni-Hälfte fließen werde. Eine zweite Tranche könnte folgen, wenn Griechenland weitere Reformen umgesetzt hat. Um die Wachstumskräfte in Griechenland zu stärken und nicht nur für die Ablösung fälliger Kredite zu sorgen, soll eine größere Bereitschaft bestehen, Griechenland zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.<sup>18</sup> Bei allem wurde vermutet, dass bei der überraschend

15 Angaben für 2012 siehe Eurostat: Rentenausgaben, 11.8.2016, abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tps00103&plugin=1> (letzter Zugriff: 13.6.2016).

16 Tagesschau.de: Schäuble in der Zwickmühle, 9.5.2016.

17 Neben Rentenkürzungen sollen die Mehrwertsteuer von 23 auf 24 Prozent, die Steuern auf Unternehmensgewinnanteile, die Einkommensteuern für ‚Vielverdiener‘ und die Solidaritätssteuer angehoben werden. Vgl. Tagesschau.de: Athen stimmt für neue Sparmaßnahmen, 9.5.2016.

18 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Schäubles schleichender Sinneswandel, 21.5.2016, S. 20.

raschen positiven Entscheidung der Gläubiger auch die Sorge eine Rolle gespielt haben könnte, vor dem Referendum über die Zukunft Großbritanniens in der Europäischen Union am 23. Juni 2016 weitere Unruhe wegen Griechenland zu vermeiden.<sup>19</sup> Dass vom Athener Parlament beschlossene Reformmaßnahmen nicht unbedingt auch umgesetzt werden, machte eine Studie des IWF klar: Die griechische Regierung bleibe hinter den nötigen Schritten zurück und erforderliche Reformen würden nur widerwillig umgesetzt.<sup>20</sup>

### **Flüchtlinge: vom Transit- zum Aufnahmeland**

Griechenland hatte sich seit Anschwellen der Flüchtlingsströme über die Ägäis darauf eingerichtet, die Flüchtlinge möglichst umgehend über die Balkanroute nach Nordeuropa weiterzuleiten. Registrierung und Durchführung von Asylverfahren entfielen damit weitgehend. Das änderte sich allerdings schlagartig, als am 8. März 2016 der nördliche Nachbar Mazedonien seine Grenzen schloss. Die Regierung in Skopje hatte schon im August 2015 beklagt, dass Flüchtlinge in Griechenland mit Bussen an die nördliche Grenze gebracht würden, damit sie von dort nach Nordeuropa weiter reisen. 50.000 Flüchtlinge kamen im Juli 2015 nach Griechenland, von denen nur 6.200 in Griechenland einen Asylantrag gestellt hatten. Ende 2015 kamen auf 1.000 Einwohner Griechenlands 0,8 Asylbewerber, bei Schweden waren es 16,6 und bei Deutschland 13,5.

Die griechische Regierung tat wenig, um die Außengrenzen zu kontrollieren und den Zustrom von Flüchtlingen zu regulieren. Ministerpräsident Tsipras weigerte sich, den Zaun am Grenzfluss Evros zur Türkei zu entfernen, um Flüchtlinge von dem gefährlichen Seeweg abzubringen.<sup>21</sup> Die EU-Partner kritisierten Griechenland und sprachen von „schweren Mängeln“<sup>22</sup> beim Schutz der Außengrenzen. Im Februar 2016 setzten die EU-Staaten am Rande einer Sitzung der Finanzminister Griechenland eine Frist von drei Monaten, um den Grenzschutz zu gewährleisten. Geschehe dies nicht, so könnten die übrigen Staaten interne Grenzkontrollen von bis zu zwei Jahren im Schengenraum einführen. „Obgleich Griechenland infolge der hohen Zahl von ankommenden Personen unter beispiellosem Druck steht, ist eine hinreichende Identifizierung, Registrierung und Aufnahme unabdingbar“, heißt es in dem Beschluss, der gegen den Widerstand der Regierung in Athen angenommen wurde. Außer Verbesserungen bei der Abnahme von Fingerabdrücken sollten Kontrolleure etwa mit „Vergrößerungsapparaten zwecks Erleichterung der Dokumentenkontrollen“ ausgestattet werden. Ein Herzschlagdetektor zum Aufspüren blinder Passagiere könnte von einem Grenzübergang ohne Frachtverkehr an einen anderen Übergang verlegt werden, so der Vorschlag.

Neben anderen Staaten hatte auch Deutschland Grenzkontrollen eingeführt.<sup>23</sup> Ende Januar 2016 hatte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis Athen bereits indirekt mit einem ‚Schexit‘, also einem vorläufigen Ausschluss aus dem Schengenraum gedroht,

---

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland erwartet Auszahlung zweiter Kredittranche, 24.5.2016, S. 15.

20 „Serious implementation problems caused a sharp deterioration in sustainability, raising fresh doubts about the realism of policy assumptions (...)“, so in: IMF: Greece. Preliminary Debt Sustainability Analysis – Updated Estimates and Further Considerations, Washington May 2016, abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr16130.pdf> (letzter Zugriff: 14.6.2016).

21 EurActiv: Tsipras under pressure to tear down Turkish border fence, 3.11.2015.

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung: EU fordert von Athen bessere Sicherung der Außengrenzen, 26.1.2016, S. 1.

23 Tagesschau.de: Eindringliche Appelle und eine Frist an Athen, 12.2.2016.

sollte Griechenland weiterhin seine Aufgaben vernachlässigen.<sup>24</sup> Tschechien, die Slowakei und Slowenien verwahrten sich auf einer Sitzung der EU-Innenminister dagegen, dass sie Griechenland im Stich ließen. Es sei vielmehr die Regierung in Athen, die Hilfsangebote anderer Staaten ablehne.<sup>25</sup> 36 Mio. Euro soll die Europäische Union an Athen zum Schutz der Außengrenzen überwiesen haben. Nachdem Österreich mit den übrigen Anliegerstaaten der Balkanroute – unter Ausschluss von Griechenland – im Februar 2016 das weitere Vorgehen beriet, beorderte Athen seine Botschafterin nach Athen zurück.<sup>26</sup>

Griechenland zeigte sich wenig bereit, die Schengen-Außengrenze in der Ägäis gemeinsam mit den EU-Partnern zu überwachen. Die Grenzen seien gut bewacht, meinte Verteidigungsminister Panos Kammenos. Deshalb weigerte sich Griechenland lange Zeit, dass die EU-Grenzbehörde Frontex das Kommando über die Küstenwache übernimmt. Das traditionell angespannte Verhältnis Griechenlands zur Türkei versperrte gemeinsamen Bemühungen der Schengen-Staaten den Weg. Stattdessen war Athen besorgt, die Türkei könne die Flüchtlingskrise zum Anlass nehmen, ihre Pläne zur territorialen Ausdehnung in der Ägäis voranzubringen.<sup>27</sup> Erst als der faktische Ausschluss aus dem Schengenraum die Runde machte, zeigte sich Griechenland im April 2016 bereit, die Türkei als sicheren Drittstaat anzuerkennen, was erst die engere Kooperation mit Ankara ermöglichte. Im Rahmen des zwischen der Europäischen Union und der Türkei vereinbarten und am 20. März 2016 in Kraft getretenen Abkommens konnten 462 bis Mitte Juni 2016 nach Griechenland eingereiste Flüchtlinge in die Türkei zurückgebracht werden. 456 Syrer wurden dafür in verschiedenen EU-Staaten (Deutschland, Finnland, Italien, Luxemburg, Schweden und Portugal) untergebracht. Im April 2016 wurden in Griechenland 46.475 Flüchtlinge auf dem Festland und 7.330 auf den Inseln gezählt.<sup>28</sup> Bis März 2016 kamen täglich rund 1.200 Flüchtlinge in Griechenland an, seit Anfang Mai sank ihre Zahl auf durchschnittlich 44.<sup>29</sup>

Trotz der partiellen Entspannung war die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen auf den griechischen Ägäisinseln weiter unbefriedigend. Ende Mai 2016 wurde berichtet, dass auf Lesbos 4.207 Flüchtlinge lebten, für die aber nur 3.500 Plätze zur Verfügung standen. Auf Chios waren es 1.100 Plätze für 2.276 Flüchtlinge.<sup>30</sup> Die Registrierung verlief weiterhin stockend. Griechenland verfügt über 130 Asylbeamte, 10 davon tun Dienst auf Lesbos. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) hat 130 Beamte nach Griechenland geschickt, darunter 9 Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Entscheiden dürfen indes nur die griechischen Beamten.

Nach drei Tagen Polizeigrößeinsatz wurde das illegale Flüchtlingslager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze Ende Mai 2016 geräumt. Zuletzt hatten dort etwa 8.400 Menschen gelebt, in Spitzenzeiten waren es 14.000. Die Polizei brachte die letzten 783

24 Tagesschau.de: EU droht Griechen mit Schengen-Ausschluss, 27.1.2016.

25 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Scharfe Kritik an Griechenland, 27.2.2016, S. 2.

26 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Streit zwischen Wien und Athen über Grenzpolitik eskaliert, 26.2.2016, S. 1.

27 Ekathimerini.com: Greece can't discuss Aegean refugee patrols with Turkey, 13.10.2015.

28 UNHCR: Europe Refugee Emergency, 17.4.2016, abrufbar unter: <https://data.unhcr.org/mediterranean/documents.php?page=21&view=grid#page-7> (letzter Zugriff: 15.6.2016).

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Brüssel: Erfolge bei Abkommen mit Türkei „Jabil“, 15.6.2016, S. 2.

30 European Stability Initiative: Sailing in the Dark – 300 with a mission – Visa, Terror and The Aegean Refugee Agreement, 19.5.2016, abrufbar unter: <http://www.esiweb.org/pdf/ESI%20newsletter%20-%20Sailing%20in%20the%20dark%20-%20visa%20terror%20and%20refugee%20agreement%20-%2019%20May%202016.pdf> (letzter Zugriff: 15.6.2016).

verbliebenen Migranten mit Bussen in verschiedene nordgriechische Aufnahmelager. Bis zu 2.000 Flüchtlinge sollen sich in Wäldern versteckt haben oder in Städten der Region untergetaucht sein, vermutlich um später erneut zu versuchen, über die Grenze nach Mazedonien zu gelangen. Im Hafen von Piräus lebten im Mai 2016 rund 2.000 Menschen in einer provisorischen Unterkunft, 4.500 waren es in Wartehallen des alten Athener Flughafens Hellinikon.<sup>31</sup>

## Fazit

Sieben Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise in Griechenland ist der Optimismus verflogen, mit Überbrückungskrediten der europäischen Partner ließen sich die Probleme zügig beheben. Die Einsicht, dass substanzielle Strukturreformen unabdingbar sind, ist allenthalben gegeben. Nur der Wille und der Mut dazu fehlen. Mittlerweile neigt man auch auf Seiten der Geberländer dazu, kleine Fortschritte schon positiv zu überzeichnen. Eine Haftungsgemeinschaft im Euroraum ist entstanden und in wenigen Jahren nicht wieder rückgängig zu machen. Aus der Krise ist in Griechenland eine linksradikale Partei als neue beherrschende Kraft hervorgegangen, die zwar mittlerweile ihre Katharsis hinter sich und systemfeindliche kommunistische Kräfte aus den eigenen Reihen verdrängt hat, doch grundlegende Reformen werden bis heute immer erst dann angegangen, wenn sie absolut nicht mehr zu vermeiden sind oder wenn der Druck der Gläubiger zu stark wird. Mit dem Reformprogramm identifizieren sich weder die Regierung noch die Regierungsparteien. Angesichts der sozialen Malaise würde dies auch immense politische Kosten zur Folge haben. In der Flüchtlingsfrage hat das Abkommen der Europäischen Union mit der Türkei zur Beruhigung beigetragen, doch man gewinnt nicht den Eindruck, dass derzeit alles getan wird, um sich gemeinsam mit den EU-Partnern darauf vorzubereiten, dass der Flüchtlingsdruck wieder ansteigen kann, insbesondere wenn die Türkei das Abkommen aufkündigt, womit durchaus zu rechnen ist.

## Weiterführende Literatur

- Heinz-Jürgen Axt: Regierung Tsipras fordert Gläubiger heraus. Verhandlungen im Zeichen akuter Finanznot Griechenlands, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 2/2015, S. 20-35.
- Heinz-Jürgen Axt: Greece not Competitive in Spite of European Subsidies. The EU Must Rethink its Cohesion Policy, in: Panagiotis Liagorvas/Sotiris Petropoulos/Nikolaos Tzifakis/Asteris Huliaras (Hrsg.): Beyond "Absorption": The Impact of EU Structural Funds on Greece, Athen 2015, S. 10-19.
- Jens Bastian: Griechenland 2015: Annus horribilis oder Ende mit Schrecken? In: Südosteuropa-Mitteilungen 6/2015, S. 20-33.
- Dimosthenis Daskalakis: Greek Labour Relations in Transition in an Global Context, Frankfurt am Main 2015.
- Ulf-Dieter Klemm/Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt/New York 2015.
- Richard Fraunberger: Ökonomie in Schockstarre. Griechenlands Wirtschaft bröckelt an allen Ecken, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.7.2016, S. 19.
- Dimitri A. Sotiropoulos: Civil Society in Greece in the Wake of the Economic Crisis. A report submitted to the Konrad Adenauer Stiftung (KAS) Office in Athens and written with research assistance by the Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP), Athens May 2014.

---

31 Tagesschau.de: Idomeni ist Vergangenheit, 26.5.2016.